WB Die Zeitung für die Region Willisau, das Wiggertal und den Kanton Luzern

Freitag, 2. Dezember 2022, Nr. 93
AZ 6130 Willisau, Post CH AG

Willisauer Bote

„Lebe deine Begeisterung für Fahrzeuge bei uns!
Unser Team freut sich auf dich – melde dich:
kreuz garage
041 972 80 75
kreuz-garage.ch

KANTON *Sicherheitszentrum wird deutlich teurer*
Das Sicherheitszentrum in Rothenburg wird viel grösser und teurer als geplant. Der Regierungsrat geht von 290 Millionen Franken aus.
SEITE 3

HINTERLAND *Ausgezeichnetes Agrarmuseum*
Eine nationale Akademie ehrt die Dauerausstellung im Agrarmuseum Burgrain als die beste naturwissenschaftliche Ausstellung der Schweiz.
SEITE 13

WIGGERTAL *Vier Unternehmen investieren in alternative Energie*
Galliker, Emmi, PanGas und CKW planen in Dagmersellen für 200 Millionen Franken ein schweizweit einzigartiges Ökosystem aus erneuerbaren Energien.
SEITE 22

SPORT *Der Rückblick auf hocherfreuliche Wochen*
32 Punkte aus 16 Spielen und Rang 3: Die Zwischenbilanz der Schötzer 1.-Liga-Fussballer nach der ersten Saisonhälfte kann sich mehr als sehen lassen.
SEITE 29

willisauerbote.ch - Ihr Link zu ergänzenden Inhalten wie Videos, Fotoalben, Dossiers oder Blogs.

Führt Initiative zum Baustopp?

SPITAL WOLHUSEN Die Diskussionen um das Leistungsangebot des neuen Spitals Wolhusen reissen nicht ab. Jetzt steht sogar eine Volksinitiative im Raum, die Verzögerungen bis hin zu einem Baustopp auslösen könnte.

Gleich mit drei Vorstössen war am Dienstag im Kantonsrat eine dringliche Debatte zum Leistungsangebot des neuen Spitals Wolhusen verlangt worden. Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) zeigte sich mit dem angekündigten Leistungsangebot nicht zufrieden, das Spital werde ein «besserer Samariterposten». Er forderte, dass eine umfassende Basisversorgung angeboten werde, damit Notfälle in ihrer ganzen Breite behandelt werden könnten. Steiner drohte eine Volksinitiative seiner Partei an, damit erreicht werde, dass in Wolhusen tatsächlich ein Spital der Grundversorgung gebaut werde. Dies stiess auf Kritik. Eine Initiative zum Leistungsangebot könnte zu einem Baustopp führen, führte die Regierung aus. Das Ziel der Initiative soll darum auf anderem Weg erreicht werden: Armin Hartmann (SVP), André Marti (FDP), Anja Meier (SP), Guido Roos (Mitte) und Bernhard Steiner (SVP) reichten eine gleichlautende Einzelinitiative ein. **SEITEN 3 / 5**

Im August erfolgte der Spatenstich für den Neubau des Spitals Wolhusen. Die Diskussionen um das Leistungsangebot reissen aber nicht ab. Im schlechtesten Fall droht sogar ein Baustopp. Foto **luks**

LEITARTIKEL

von
Stefan Calivers

Die Diskussionen um das künftige Leistungsangebot des Spitals Wolhusen reissen nicht ab. Trotz Rundem Tisch und mehr Mitspracherecht des Parlaments führten dringliche Vorstösse zu einer neuerlichen Debatte

Kantonsrat bleib bei deinen Leisten

im Kantonsrat. Mehr noch: Die SVP will sogar eine Volksinitiative lancieren, um ihre (regionalpolitischen) Ziele zu erreichen. Das ist nun aber definitiv die falsche Flughöhe. Und es droht gleich doppelte Absturzgefahr: Eine Initiative würde den Bau des Spitals weiter verzögern, es drohte sogar ein Baustopp. Zudem sind die Chancen gering, dass die Initiative kantonsweit angenommen würde. Sie könnte sich sogar als Bumerang erweisen.

Die moderaten Kräfte im Kantonsrat und im Komitee «Pro Spital Wolhusen» versuchen ihr Ziel darum auf parlamentarischem Weg zu erreichen: mit einer sogenannten Einzelinitiative, die von Ratsmitgliedern aus Mitte, SVP, FDP, SP und Grünen eingereicht wurde. Ob alle diese Fraktionen in der Januarsession auch zustimmen werden, darf bezweifelt werden. Und die Frage stellt sich nach wie vor, ob es wirklich eine gute Idee ist, Standorte und Leistungsangebote von Spitälern ins Gesetz zu schreiben. Kantonsrat bleib bei deinen Leisten, möchte man in den Ritterschen Palast rufen. Oder wollen die Politikerinnen und Politiker als Nächstes z.B. auch die Standorte der Kantonsschulen samt detailliertem Fächerangebot bestimmen?

«Weniger Politik und mehr Fakten», verlangte die Sprecherin der Grünliberalen im Kantonsrat. Das bleibt an der Schwelle zum Wahljahr wohl ein frommer Wunsch. Aber in der Vorweihnachtszeit sind Wünsche ja erlaubt.

Hängende Köpfe in Ebersecken

ALTISHOFEN Die weiter sinkenden Schülerzahlen im Ortsteil Ebersecken liessen den Altishofer Gemeinderat handeln. Mitte Oktober setzte er die Bevölkerung an einer Infoveranstaltung über die geplante Schliessung der Dorfschule auf Sommer 2026 ins Bild (der Willisauer Bote berichtete). Ein Entscheid, den einige Eberseckerinnen und Ebersecker an der Gemeindeversammlung vom Mittwochabend rückgängig machen wollten. Doch die Mehrheit der 247 anwesenden Stimmberechtigten winkte ab. Mehr noch. Statt wie vom Gemeinderat vorgeschlagen in der Übergangszeit Basistufenkinder aus Altishofen in Ebersecken einzuschulen, fährt der Schulbus den umgekehrten Weg. Ab Schuljahr 2024/25 soll in Ebersecken mit der 3. bis 6. Klasse nur noch ein Klassenzug geführt werden. **SEITE 21**

Erinnerungen an vergangene Zeiten

WILLISAU Alfred Jost-Keller war ein leidenschaftlicher Fotograf und Filmer. Auf dem Youtube-Kanal «Willisau TV» können nun einige seiner alten Filme angesehen werden. Verantwortlich dafür sind Christof König und Peter Kuster.

Die schwarz-weissen Filme zeigen Leute bei der Ernte, beim Skifahren oder beim Schwingen. Oft filmte Alfred Jost-Keller alltägliche Dinge, aber auch grosse Anlässe. Die ältesten dieser Aufnahmen reichen zurück bis ins Jahr 1936. Diese Filme stellte nun sein Sohn, Alfred Jost-Peyer, den beiden Filmemachern Christof König und Peter Kuster zur Verfügung. Sie digitalisierten diese und stellten sie auf dem Youtube-Kanal «Willisau TV» ins Internet. **SEITE 9**

Diese Aufnahme eines Skitags 1936 zeigt Kinder, die mit ihren Skiern vom Städtli auf das Schlossfeld laufen. Reproduktion **zvg**

Redaktion/Aboservice Tel. 041 972 60 30, redaktion@willisauerbote.ch, www.willisauerbote.ch, Erscheint Di/Fr, Einzelpreis Fr. 3.20, **Inserate** Tel. 041 972 60 70, werbung@swsmedien.ch, www.swsmedien.ch

Deutlich grösser, teurer und später

SICHERHEITSZENTRUM Das Sicherheitszentrum, das der Kanton Luzern in Rothenburg bauen will, wird viel grösser und teurer als ursprünglich geplant. Grund sind höhere Landkosten, zusätzliche Volumen, die Ausstattung und die Teuerung. Der Regierungsrat geht von 290 Millionen Franken aus.

Diese Visualisierung vom geplanten Sicherheitszentrum in Rothenburg präsentierte die Luzerner Regierung 2021 – das Projekt wird nun deutlich teurer. Foto **Keystone**

91 Millionen Franken stand auf dem Preisschild, als die Luzerner Regierung vor drei Jahren in Rothenburg erstmals ihre Pläne für ein neues Sicherheitszentrum für Polizei, Lebensmittelkontrolle und Veterinärdienst vorstellte. Von einem «grossen Brocken» sprach damals Finanzdirektor Reto Wyss (Mitte).

Der Regierungsrat beantragte am Donnerstag dem Parlament einen Planungskredit von 22 Millionen Franken für das Zentrum. Die Anlagekosten des gesamten Baus liegen nun bei rund 290 Millionen Franken.

Im April 2020 war man bei der Wettbewerbskalkulation bereits von 150 Millionen Franken ausgegangen. Das Projekt sei vor allem gewachsen und teurer geworden, weil auf eine Etappierung des Baus verzichtet werde, betonte Finanzdirektor Wyss am Donnerstag vor den Medien. «Wir wollen alles auf einmal realisieren.»

«Synergien nutzen»

So ist neu in diesem Bau in Rothenburg auch die neue Einsatzleitzentrale für Luzern, Ob- und Nidwalden eingeplant sowie weitere Abteilungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft.

«Eine Konzentration der sicherheitsrelevanten Dienststellen», fasste Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP) zusammen. Und: Damit könnten auch Synergien besser genutzt werden. Die Polizei beispielsweise könne 10 bis 20 Stellen einsparen, führte Polizeikommandant Adi Achermann aus.

Zum ursprünglichen Projekt hinzu kamen weiter unter anderem auch ein Festnahmezentrum, die Grundstückkosten, die Teuerung von 11 Prozent, Bauherrenleistungen sowie Reserven von rund 3500 Quadratmetern, wie Wyss sagte. Geplant seien auch eine Kita und eine Mensa. Das Gebäude soll in Holz-Hybrid-Bauweise mit Recyclingbeton erstellt werden sowie eine Photovoltaikanlage und eine Erdsondenheizung erhalten.

«Das heutige Projekt hat somit einen ganz anderen Umfang und eine ganz andere Komplexität erhalten», sagte Wyss. Sicherheitsdirektor Winiker ergänzte: «Das Projekt aber ist nicht einfach so teurer geworden.»

Sondern eben auch grösser. Und zwar teils aus dringendem Handlungsbedarf, wie Winiker sagte. Beispielsweise, weil gewisse Immobilien am Ende ihres Lebenszyklus seien. Oder eben wegen der neuen Einsatzleitzentrale.

Damit ein vergleichbares Flächenangebot zur Verfügung gestellt werden kann, sind laut der Botschaft nur schon bei der Luzerner Polizei unmittelbare Investitionskosten von 108 Millionen Franken notwendig. Zudem müsste ein Ersatzstandort für die Einsatzzentrale gefunden werden.

Würde das Projekt nicht realisiert, müssten auch Ersatzstandorte für die primären Nutzerinnen Verkehrspolizei, Dienststelle Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz sowie den Veterinärdienst gefunden werden.

Drei Jahre Verzögerung

Statt wie ursprünglich geplant 2028 soll das Gebäude im Sommer 2031 in Betrieb genommen werden. Die Verzögerung sei auf die Weiterentwicklung des Projekts und die dadurch gestiegene Komplexität zurückzuführen, begründet die Regierung.

Das Zentrum soll dereinst 690 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Arbeitsplatz dienen. In der geplanten strategischen Reserve gibt es zudem Raum für 120 Arbeitsplätze.

Über den Planungskredit soll der Kantonsrat im März 2023 befinden. Die Volksabstimmung zum Baukredit würde gemäss Regierungsrat im Oktober 2026 stattfinden. **sda**

Günstigere Umfahrungsvariante gefunden

ESCHENBACH Der Kanton Luzern hat die Umfahrung in Eschenbach überprüft und eine günstigere Lösung gefunden. Mit zwei Einzelprojekten statt einer Gesamtumfahrung liessen sich 100 Millionen Franken sparen.

Um die staugeplagte Region um Eschenbach und Inwil im Seetal zu entlasten, hatte der Kanton verschiedene Massnahmen geprüft und im Sommer eine Zweckmässigkeitsbeurteilung dazu veröffentlicht. Die Variante «Ost kurz überdeckt Mettlen-Acher» war daraus mit 360 Millionen Franken als beste Umfahrungslösung hervorgegangen.

Doch sämtliche fünf Umfahrungsvarianten schnitten schlechter ab als eine Lösung auf den bestehenden Strassen. Die sogenannte Null+/ÖV-Variante verzichtet auf eine Umfahrung und strebt stattdessen Verbesserungen auf dem bestehenden Strassennetz an.

Die Gemeinden Eschenbach und Inwil setzten sich allerdings für eine Umfahrung ein. In der Folge prüfte der Kanton Kostenoptimierungen, wie die Luzerner Staatskanzlei am vergangenen Mittwoch mitteilte. Man habe die Sache zuerst grosszügig angesehen und auch das Industriegebiet entlasten wollen, hiess es beim Kanton auf Nachfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

Weniger Tunnel- und Strassenbau

Die nun präsentierte optimierte Variante zeige aber auf, dass durch ein weniger umfangreiches Projekt deutlich gespart werden könnte. Sie besteht einerseits aus einer verkürzten Umfahrung «Eschenbach Ost», die das Gewerbegebiet Höndlen nicht umfährt. Damit entfallen ein Tagbautunnel von rund 300 Metern Länge und 700 Meter Strassenbau zwischen Rotli und Oberhofen. Die Kosten für diesen Teil betragen noch 240 Millionen Franken.

Anderseits ist eine kurze Umfahrung Oberhofen West geplant, die eine neue Strasse mit mehr Kapazität westlich des bestehenden Knotens bei Inwil vorsieht. Diese würde 20 Millionen Franken kosten.

Das Verhältnis von Kosten und Wirksamkeit des optimierten Projekts sei positiv, schreibt der Kanton. Es schneide auch besser ab, als die bisher beste Umfahrungsvariante, weshalb man nun die zwei Einzelprojekte weiterverfolge. **sda**

Gewerbeverband engagiert sich für bürgerliche Regierung

WAHLEN Der KMU- und Gewerbeverband Kanton Luzern (KGL) unterstützt bei den Regierungsratswahlen vom 2. April 2023 die fünf Kandidierenden Reto Wyss (Mitte, bisher), Fabian Peter (FDP, bisher), Armin Hartmann (SVP), Michaela Tschuor (Mitte) und Claudia Huser (GLP).

Mit diesen fünf Kandidierenden könne der KGL eine bezüglich Geschlecht, Alter und Wohnort ausgewogene Empfehlung abgeben, heisst es in der Medienmitteilung. Nebst den klassischen KGL-Parteien Mitte, SVP und FDP unterstützt der Verband auch die GLP-Kandidatin.

Der Verband werde sich ab sofort mit seinem Gütesiegel «KMU-geprüft» aktiv für die Unterstützung der von ihm empfohlenen fünf Kandidierenden einsetzen. Dazu werde eine Reihe von Massnahmen umgesetzt.

Der KGL weist darauf hin, dass der Kanton Luzern gemäss dem UBS-Wettbewerbsindikator 2017 schweizweit auf dem sechstbesten Platz lag. Da sich in den letzten Jahren andere Kantone steuerlich besser positioniert haben, sei er auf Platz 8 zurückgefallen. Gemäss der von der Regierung vorgestellten Steuergesetzrevision sollten «diese Mankos aber nun behoben werden», ist der KGL überzeugt.

Damit biete der Kanton Luzern wieder attraktive Rahmenbedingungen und schaffe für die Unternehmen gute Voraussetzungen, um auch in Zukunft zu prosperieren. Die Herausforderungen würden allerdings nicht kleiner: Fachkräftemangel, Mobilitätsdruck, Lieferschwierigkeiten, Energieengpässe und andere Problemfelder fordern die Unternehmen stark heraus. Umso wichtiger ist für den KGL «eine umsichtige, nachhaltige und wirtschaftsfreundliche Politik, welche auf die Eigenverantwortung, freie Märkte und einen fokussierten Staat setzt», heisst es in der Medienmitteilung. **pd/WB**

«Pro Spital Wolhusen» beurteilt Volksinitiative als riskant und sucht Gespräch mit der SVP

SPITALPLANUNG An der Novembersession des Kantonsrates haben Armin Hartmann (SVP, Schlierbach), André Marti (FDP, Willisau), Anja Meier (SP, Willisau), Guido Roos (Mitte, Wolhusen) und Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) eine gleichlautende parlamentarische Einzelinitiative mit folgender Forderung zur Änderung des Spitalgesetzes eingereicht: «An den Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen wird ein Spital mit mindestens einer ausreichenden, allen zugänglichen ambulanten und stationären medizinischen Grund- und Notfallversorgung angeboten» (Bericht Seite 5).

Das Komitee «Pro Spital Wolhusen» erachtet diese politische Geschlossenheit über fünf Fraktionen hinweg als «aussergewöhnlich starkes Zeichen dafür, dass eine Mehrheit des Kantonsrates für die Sicherung der stationären medizinischen Grundversorgung an den Landspitälern Sursee und Wolhusen einsteht», wie der Verein in einer Mitteilung von gestern Donnerstag schreibt. Die Behandlung dieser Einzelinitiative ist für die Januarsession des Kantonsrats vorgesehen. Bei einer Überweisung würde die beantragte Gesetzesrevision auf dem parlamentarischen Weg in einer Kommission und im Kantonsrat beraten und beschlossen.

Angst vor Verzögerung und Verunsicherung

Christine Bouvard, Präsidentin des Vereins «Pro Spital Wolhusen», begrüsst und unterstützt diesen überparteilichen politischen Weg. Damit könne für das Angebot am Spital Wolhusen und damit auch für die Bevölkerung und das verunsicherte Personal zeitnah Sicherheit geschaffen werden. Das trage auch wesentlich dazu bei, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, so Bouvard.

Die Lancierung der von der SVP angekündigten Volksinitiative wird vom Verein dagegen als riskant beurteilt. «Dieser Weg würde sowohl für die Bevölkerung, die Hausärzteschaft wie auch für das Spitalpersonal mindestens zwei Jahre weitere Unsicherheit mit negativen Folgen bedeuten», heisst es in der Medienmitteilung. Insbesondere drohte ein Baustopp.

Mit der SVP im Gespräch

Die konkreten Forderungen der Initiative lägen aktuell nicht vor, deshalb sei eine Beurteilung auch noch nicht möglich. «Pro Spital Wolhusen» ist mit einer Vertretung der SVP im Gespräch. Der Verein wolle alles daransetzen, «dass der Einsatz für die Sicherung der stationären medizinischen Grundversorgung für das Spital Wolhusen weiterhin politisch geschlossen geleistet werden kann», heisst es in der Medienmitteilung. **pd/WB**

Hitzige Voten und flammende Appelle

SPITALPLANUNG Welche Leistungen sollen im Spital Wolhusen dereinst angeboten werden? Diese Frage sorgt im Kantonsrat einmal mehr für viel Gesprächsstoff. Die SVP kündigt eine Volksinitiative an, fünf Politiker reichten eine Einzelinitiative ein.

von **Stephan Weber**

Vor einem halben Jahr waren es noch fünf dringliche Vorstösse, die in der Mai-Session zur Zukunft des Spitals Wolhusen eingereicht wurden. Die Debatte dauerte damals über zwei Stunden, 29 Votantinnen und Votanten äusserten sich zum Geschäft. Mit dem Ergebnis, dass der Kantonsrat künftig beim Leistungsangebot mehr Mitsprache erhält. Am vergangenen Dienstag war das Spital Wolhusen wieder Thema im Parlament. Zwar waren die Wortmeldungen längst nicht mehr so zahlreich wie im Mai. Gleichwohl gab es drei dringliche Vorstösse von Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch), Guido Roos (Mitte, Wolhusen) und Marcel Budmiger (SP, Luzern) zu behandeln, die sich im Groben um das Leistungsangebot des Spitals Wolhusen drehten.

«Viele Unsicherheiten»

Guido Roos wollte in seinem Vorstoss an die Regierung unter anderem wissen, welche Beschlüsse zum Leistungsangebot gefasst worden seien. Es gebe mehrere Regierungsratsbeschlüsse und widersprüchliche Aussagen zu den künftigen Leistungen beim Spital Wolhusen. «Es gibt viele Unsicherheiten und Unklarheiten», so Roos. Die Regierung legte das künftige Leistungsangebot in der Antwort an den Mitte-Politiker dar. So soll in Wolhusen ein Notfalldienst rund um die Uhr angeboten werden. Insgesamt soll das neue Spital 80 Betten anbieten. Deren 20 für die stationäre Grundversorgung inklusive Geburtshilfe und 20 für die Orthopädie. 40 Betten sind für die Rehabilitation reserviert. Dazu kommen ein Sprechstundenangebot und bis zu drei zusätzliche Rettungsdienst-Fahrzeuge. Weiter müsse eine spätere Erweiterung um etwa 20 Betten möglich sein.

«Das Angebot entspricht einem besseren Samariterposten.»

Bernhard Steiner *SVP, Entlebuch*

Die Zukunft des Spitals Wolhusen wird das Parlament auch nächstes Jahr beschäftigen. Foto **Keystone**

Bernhard Steiner war mit der Regierungsantwort auf seinen Vorstoss mit insgesamt elf Fragen nicht zufrieden. Es fehlten klare Verbindlichkeiten beim Leistungsangebot, kritisierte der Arzt. Die geplanten Leistungen beim Spital entsprächen einem «besseren Samariterposten». Aus diesem Grund werde die SVP eine Volksinitiative lancieren, damit erreicht werde, dass in Wolhusen ein Spital mit Grundversorgung gebaut werde. Kein Gehör für diese Initiative hatte die Regierung. In ihrer schriftlichen Antwort schrieb sie, es sei «sicher problematisch, wenn jetzt ein Spital gebaut wird und gleichzeitig ein Prozess gestartet wird, bei dem schliesslich das Volk das letzte Wort darüber haben muss, ob und mit welchem Angebot in Wolhusen ein Spital betrieben werden soll.» Und: «Je nach Wortlaut der Initiative müsste deshalb ein Baustopp erwogen werden.» Das sei eine reine Drohung, sagte Bernhard Steiner. «Damit will man nur ablenken. Die Regierung ist schliesslich verantwortlich, dass wir noch kein neues Spital haben.»

«Ein Spiel mit dem Feuer»

Die angekündigte Volksinitiative stiess im Rat auf Kritik. Adrian Nussbaum (Mitte, Hochdorf) sagte, die Volksinitiative sei «ein Spiel mit dem Feuer» und gefährde den Bau des Spitals. «Es ist, als würde man neben dem Heustock zeuseln». Georg Dubach (FDP, Triengen) sprach von einer «Unverantwortlichkeit» und sagte: «Bitte bleibt vernünftig». Auch Hannes Koch (Grüne, Horw) wandte sich gegen dieses parlamentarische Mittel, während Riccarda Schaller (GLP, Malters) sagte, es sei nicht zielführend, wenn über jede Bauetappe diskutiert werde. Die Bevölkerung werde dadurch verunsichert. «Ich bin für weniger Politik und dafür mehr Fakten.»

Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf hielt in seinem Votum fest, das Spital Wolhusen liege ihm am Herzen. Er finde es «sehr speziell», wenn man bei einem 135-Millionen-Bau von «einem besseren Samariterposten» spreche. Zudem solle man aufhören, die Gesundheitsberufe ständig schlecht zu reden. Das Spital Wolhusen benötige gutes Personal, sonst blute man aus. Auch hätten die Mitarbeitenden beim Spital Wolhusen «das Gestürm satt».

«Es ist, als würde man neben dem Heustock zeuseln.»

Adrian Nussbaum *Mitte, Hochdorf*

Sicherheit für alle Standorte

Die Diskussionen im Rat rund um das Spital Wolhusen werden andauern. Grund: Anja Meier (SP), Armin Hartmann (SVP), Guido Roos (Mitte), André Marti (FDP) und Bernhard Steiner (SVP) reichten am Dienstag eine Einzelinitiative ein. Sie liegt dem WB vor. Die Parlamentarier verlangen eine Änderung des Spitalgesetzes. So soll an den Standorten Luzern, Sursee und Wolhusen ein Spital mit «mindestens einer ausreichenden, allen zugänglichen ambulanten und stationären medizinischen Grund- und Notfallversorgung angeboten» werden. Ohne gesetzliche Regelung der Grund- und Notfallversorgung bestehe für keinen der drei Standorte «eine ausreichende Garantie» und es sei jederzeit möglich, dass es ohne politische Konsultation «zu einem Bruch mit diesem Konsens kommt», schreiben die fünf Politiker. Die gesetzliche Minimalregelung verhindere dies und schaffe Sicherheit «für alle genannten Standorte». Die Einzelinitiative soll bereits in der Januarsession 2023 behandelt werden.

Der Regierungsrat bleibt ein Fünfergremium

REGIERUNG Der Luzerner Regierungsrat wird auch in Zukunft aus fünf und nicht aus sieben Personen bestehen. Der Kantonsrat hat am Dienstag eine Motion von Rahel Estermann (Grüne, Luzern) mit 73 zu 33 Stimmen abgelehnt, die sich von einem grösseren Regierungsrat mehr Vielfalt versprach.

2002 hiessen die Luzerner Stimmberechtigten eine Volksinitiative der SVP gut, mit der die Zahl der Regierungssitze von sieben auf fünf verkleinert wurde. Die Führung des Kantons sollte damit kompakter, entscheidungsfreudiger und kostengünstiger werden. Seit 2003 hat Luzern noch fünf Regierungsräte.

Eines der Argumente, das um die Jahrtausendwende gegen eine Verkleinerung der Exekutive angebracht wurde, war, dass in einer Fünfer-Regierung nicht mehr alle Regionen und gesellschaftlichen Kräfte in ihr vertreten sein würden. Genau mit diesem Argument forderte Estermann nun sieben Regierungssitze.

1999 wählten die Luzerner Stimmberechtigten zum letzten Mal einen Regierungsrat mit sieben Mitgliedern. Archivaufnahme **Keystone**

Begründet wurde eine Vergrösserung des Regierungsrats damit, dass seit 2003 Frauen, die Stadt Luzern oder grosse Wählerschaften am rechten und linken politischen Spektrum über Jahre nicht in der Regierung vertreten seien. Dies sei keine historische Zufälligkeit, sondern ein strukturelles Problem.

Keinen Mehrwert

In einem grösseren Gremium gebe es ferner vielfältigere Perspektiven und eine breitere Verankerung der Regierung in der Gesellschaft. Letztlich wurde auch die Vereinbarkeit von Regierungsamt und Familienpflichten als Argument für ein Siebnergremium genannt.

Die bürgerliche Mehrheit folgte diesen Argumenten aber nicht. Eine moderne Regierung müsse schlank sein, für Vielfalt könnten die Parteien bei der Nomination von Kandidatinnen und Kandidaten sorgen. Es gebe keinen Mehrwert, wenn die Regierung erweitert werde, sagte auch Regierungsrat Paul Winiker (SVP). **sda/swe**